

GSP.L-01 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.08.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-L Lebensgrundlagen schützen

Antragstext

1 **Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen**

2 **Klima und Energie**

3 (53) Nach dem fossilen Zeitalter beginnt die ökologische Moderne. War der Fortschritt der
4 Moderne bislang angetrieben von Kohle, Öl und Gas und verlagerte er seine sozialen und
5 ökologischen Kosten zu großen Teilen in andere Weltregionen und in die Zukunft, geht es beim
6 Fortschritt heute darum, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie den
7 gegenwärtigen und kommenden Generationen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde und Wohlstand
8 zu ermöglichen. Je entschiedener wir handeln, umso mehr Freiheiten und Alternativen haben
9 wir in den kommenden Jahrzehnten.

10 (54) In der ökologischen Moderne ist das Prinzip der Nachhaltigkeit leitend. Die natürlichen
11 Ressourcen dürfen demnach nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich auch wieder erneuern
12 können. Das gilt für Technologien, Wirtschaftsweisen, für den privaten Verbrauch und Konsum.
13 Konkret bedeutet das: Politische Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob ihre Folgen
14 mit der Einhaltung der planetaren Grenzen vereinbar sind.

15 (55) Wir leben in Zeiten der Klimakrise. Der Anstieg der Meeresspiegel bedroht das Leben an
16 den Küsten. Trockenheit und Wüstenbildung zerstören Lebensräume von Mensch und Tier.
17 Hitzesommer und Wetterextreme sorgen für extreme Schäden und nehmen lebensbedrohliche
18 Ausmaße an. Es ist Aufgabe der Menschheit, die Katastrophe so weit wie möglich zu
19 verhindern. Leitlinie ist das Klimaabkommen von Paris, das vorsieht, die Erderhitzung auf
20 deutlich unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Europa muss so schnell wie
21 möglich Klimaneutralität erreichen. Deutschland als einem der größten Verursacher von
22 Treibhausgasen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Jedes Zehntelgrad weniger
23 Erhitzung zählt.

24 (56) Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist der Budget-Ansatz. Er zeigt auf, wie viele
25 Treibhausgasemissionen jedes Land noch ausstoßen darf, um den eigenen Anteil am Pariser
26 Klimaabkommen einzuhalten. Daraus folgt die Notwendigkeit, jeden Tag konkret zu handeln.
27 „Morgen ist auch noch ein Tag“ gilt beim Klimaschutz nicht. Nur wenn substanzielle
28 Einsparungen schnell erzielt werden, gibt es später noch ausreichend Handlungsspielraum.

29 (57) Der Übergang zu 100 Prozent erneuerbaren Energien, der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas
30 und damit die Dekarbonisierung sind die Schlüsselaufgaben des Klimaschutzes. Die
31 Dekarbonisierung aller Wirtschaftsprozesse gelingt nur, wenn Rohstoffe und die für ihre
32 Herstellung nötige und in ihnen gespeicherte Energie massiv eingespart, möglichst
33 vollständig im Kreislauf geführt und hocheffizient genutzt werden. Dafür ist eine völlig
34 neue Vernetzung innerhalb und zwischen den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie,
35 Dienstleistungen und Landwirtschaft nötig.

36 (58) Technologie ist als Beitrag für Klimaneutralität notwendig. Technologische Lösungen
37 müssen immer dem Vorsorgeprinzip folgen. Das heißt, dass die Abwägung von Nutzen und
38 Schäden, mögliche Umkehrbarkeit sowie die Eingriffstiefe zu berücksichtigen sind. Sie werden
39 grundlegende Veränderungen und schnelles Handeln nicht ersetzen, sondern nur ergänzen
40 können.

41 (59) Die Digitalisierung kann einen großen Beitrag für den Klimaschutz leisten. Sie
42 ermöglicht es, eine schwankende erneuerbare Produktion mit dem Verbrauch eng zu verzahnen
43 und so den Energiebedarf zu senken. Das Potential der Digitalisierung für
44 Ressourceneffizienz, sparsamen Energieverbrauch, Dematerialisierung und Suffizienz soll
45 bestmöglich gefördert werden. Zugleich zeigt die Digitalisierung bisher selbst einen
46 ungezügelten Ressourcen hunger. Daher muss sie mit Maßnahmen flankiert werden, die den
47 Ressourcenverbrauch begrenzen und Rebound-Effekte vermeiden.

48 (60) Erneuerbare Energien sind dezentral in der Erzeugung, aber eine Versorgung mit ihnen
49 wird leichter sicherzustellen sein, je größer der Raum ist. Unser Kontinent hat die richtige
50 Größe für die Energiewende. Die europäische Energieunion soll die verschiedenen Stärken der
51 Regionen – Solarenergie im Süden, Geothermie und Wasserkraft in Skandinavien und den Alpen,
52 Offshore-Windkraft im Atlantik, im Mittelmeer und in der Ostsee, Onshore-Windkraft in ganz
53 Europa – miteinander verbinden. Zentral dafür sind Aufbau und Nutzung von Netzen und
54 Speichern. Entscheidende Akteur*innen der Energiewende sind die Bürger*innen und Kommunen,
55 aber auch regionale Unternehmen und das Handwerk.

56 (61) Es braucht eine vorausschauende Energieaußenpolitik. Denn auch im Zeitalter der
57 erneuerbaren Energien wird es Energieimporte geben. Sie hilft den Partnerländern beim Aufbau
58 der entsprechenden Strukturen und stellt sicher, dass die importierte Energie nachhaltig und
59 unter sozial gerechten Bedingungen erzeugt wurde.

60 (62) Um die Klimakrise zu bewältigen, ist es weder notwendig noch vertretbar, zur Atomkraft
61 zurückzukehren. Diese Hochrisikotechnologie birgt eine existenzielle Bedrohung für Natur,
62 Mensch und Tier.

63 (63) Es ist Aufgabe in diesem Jahrzehnt, ein Endlager für den hochradioaktiven Atommüll mit
64 höchstmöglichen Sicherheitsstandards und bei bestmöglichen geologischen Bedingungen zu
65 finden. Bei der Suche ist die gesamtgesellschaftliche Verantwortung vor regionale
66 Eigeninteressen zu stellen.

67 **Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft**

68 (64) Der Verlust an Biodiversität ist so dramatisch wie die Klimakrise. Schlimmer noch: Die
69 beiden Krisen bedingen sich gegenseitig und können daher auch nur gemeinsam gelöst werden.
70 Die Roten Listen und die planetaren Grenzen müssen als „Barometer des Lebens“ zum Gradmesser
71 für politische Handlungsleitlinien werden, denn die biologische Vielfalt sichert das Leben
72 auf dem Planeten. Ökologischer Landbau, die Ökologisierung der konventionellen
73 Landwirtschaft, der Erhalt wertvoller Lebensräume, mehr Schutzgebiete und Biotop sowie mehr
74 freie Natur an Land, in Flüssen, Seen und im Meer sind als wirksamer Schutz für
75 Artenvielfalt und Umwelt zu betreiben.

76 (65) Das Vordringen des Menschen in die letzten, noch nicht zerstörten natürlichen Gebiete
77 und die grenzenlose Aneignung von Umwelt und Tierwelt zum Verbrauch oder Verzehr gefährden
78 nicht nur die Natur, sondern auch die menschliche Gesundheit. Sogenannte zoonotische
79 Krankheiten können fatale gesellschaftliche Folgen haben. Der Schutz von Ökosystemen trägt
80 auch dazu bei, Seuchen und Pandemien zu verhindern.

81 (66) Die Wiedervernässung von Moorböden und ein nachhaltiger Waldumbau – weg von
82 Monokulturen und hin zu naturnahen, klimaresilienten Mischwäldern – leisten einen großen

83 Beitrag, um den CO₂-Ausstoß zu senken. Dazu müssen die Trockenlegung von Mooren und die
84 Abholzung von Wäldern gestoppt werden.

85 (67) Artenschutz erfordert den Schutz von Lebensräumen und mehr Wissen. Das Ziel ist der
86 Aufbau eines vernetzten Verbundes von Schutzflächen. Die Forschung über die verschiedenen
87 Arten und ihr Zusammenspiel im Ökosystem soll gefördert werden, denn geschätzt sind heute
88 weniger als ein Viertel aller Arten bekannt. Zum Schutz von Arten gehört es auch, den
89 Wildtierhandel und die Trophäenjagd effektiv zu unterbinden. Zudem sollen alle Bestände der
90 großen Naturkundemuseen digitalisiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

91 (68) Ein Ende der Verschmutzung der Erde mit Luft- und Wasserschadstoffen, Plastik, Müll,
92 giftigen Chemikalien und Pestiziden ist essenziell für Umwelt- und Klimaschutz. Leitlinien
93 für die Regulierung von Umweltverschmutzungen sind das Vorsorge- und Verursacherprinzip.
94 Wenn Schadstoffe bereits Teil von Produkten und Produktionsverfahren sind, lassen sich ihre
95 Umweltauswirkungen nachträglich in der Regel nur unvollständig und zu hohen Kosten
96 begrenzen. Vorrang haben deshalb Gebote für umweltverträgliche Produkte und
97 Produktionsverfahren.

98 (69) Um den Raubbau an der Natur zu beenden, muss der absolute Verbrauch von natürlichen
99 Ressourcen substanziell und rasch reduziert werden. Dies gilt auch für Ressourcen, die
100 importiert werden. Die Achtung der planetaren Grenzen bedeutet, dass Wohlstand und
101 Lebensqualität so weit wie möglich vom Ressourcenverbrauch entkoppelt und Ressourcen in
102 geschlossene Stoffkreisläufe überführt werden.

103 (70) Eine zukunftsfähige Landwirtschaft arbeitet mit der Natur. Statt wachsender
104 Abhängigkeit von Pestiziden, Weltmärkten, wenigen Großkonzernen und engen Produktionszwängen
105 gehört die Zukunft einer modernen, regional verwurzelten Landwirtschaft, die ältestes Wissen
106 mit modernen Techniken und digitalen Lösungen kombiniert. Sie produziert nicht für Märkte,
107 sondern für Menschen, die ein Recht auf sichere, gesunde und nachhaltige Lebensmittel haben.
108 Sie arbeitet ressourcenschonend, naturverträglich und tiergerecht. Der Wandel hin zur
109 zukunftsfähigen Landwirtschaft gelingt nur zusammen mit den Bäuer*innen.

110 (71) Die Sicherung und Versorgung mit Nahrungsmitteln ist ein hohes Gut. Der Landwirtschaft
111 gebührt Anerkennung, dass sie dies gewährleistet. Im Sinne der globalen
112 Ernährungssouveränität gilt es, bäuerliche Strukturen zu stärken sowie regionale
113 Wertschöpfungsketten und solidarische Systeme zu fördern, dagegen die Exportorientierung der
114 Landwirtschaft zulasten anderer Regionen abzubauen. Ziel muss sein, dass Bäuer*innen einen
115 Ausweg aus dem System des „Wachse oder Weiche“ erhalten. Dazu gehört auch, dass sie für ihre
116 vielfältigen Gemeinwohleistungen gezielt entlohnt werden.

117 (72) Tiere haben Rechte und dürfen nicht zu Rohstofflieferanten degradiert werden. Solange
118 Menschen Tiere halten, um sie zu töten und zu essen oder um ihre Produkte zu nutzen, sind
119 wir verpflichtet, für mehr Tierschutz und mehr Tierwohl in der Tierhaltung zu sorgen.
120 Entsprechend ist die Landwirtschaft so zu gestalten, dass entlang den Bedürfnissen von
121 Tieren gewirtschaftet werden kann. Es sollen immer weniger Tiere immer besser gehalten
122 werden. So sinkt auch der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln.
123 Tierversuche müssen konsequent reduziert und möglichst überflüssig werden.

124 **Mobilität und Wohnen**

125 (73) Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist
126 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den menschlichen Bedürfnissen
127 orientieren, barrierefrei gestaltet sein und zugleich die planetaren Grenzen wahren. Eine
128 sozial-ökologische Mobilitätspolitik schafft die Verkehrswende und garantiert allen Menschen
129 nachhaltige Mobilität. Sie sorgt für bessere Luft, weniger Verkehrslärm und stärkt die
130 Sicherheit. Vision ist ein Straßenverkehr, in dem keine Menschen mehr sterben.

131 (74) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel muss sich in Zukunft am
132 ökologischen Fußabdruck ausrichten. Es gilt das Prinzip: Schiene stärken, Straßen- und
133 Luftverkehr dekarbonisieren. Der Raum in den Städten wird Stück für Stück neu aufgeteilt.
134 Sichere und barrierefreie Infrastruktur für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und Menschen
135 mit Behinderung sowie ein attraktiver, kostengünstiger und verlässlicher Nahverkehr bilden
136 das Rückgrat einer sozial-ökologischen Mobilität. Insgesamt wird es deutlich weniger Autos
137 und weniger unnötigen Verkehr geben, die Autozentrierung von Verkehrspolitik, Stadtplanung
138 und Gesellschaft gehört der Vergangenheit an, die Zukunft gehört der autofreien Innenstadt.

139 (75) Die Mobilität in der ökologischen Moderne ist vernetzt und digital. Verschiedene
140 Mobilitätsformen greifen nahtlos ineinander und ermöglichen individuelle Mobilität, ohne ein
141 eigenes Auto besitzen zu müssen.

142 (76) Gerade im ländlichen Raum werden auch in Zukunft viele Menschen weiterhin auf das Auto
143 angewiesen sein. Dazu muss es jedoch emissionsfrei und digital vernetzt sein. Nicht mehr das
144 Parken, sondern das Nutzen steht im Fokus.

145 (77) Die Verkehrswende in der Stadt und auf dem Land gelingt nur mit einer starken Bahn. Das
146 erfordert einen Aus- und Umbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Dazu gehören die
147 Anbindung an Regionalzentren auch über Landkreisgrenzen und nationale Grenzen hinweg sowie
148 der Ausbau des Schienennetzes, damit alle größeren Städte angebunden sind und
149 Kurzstreckenflüge überflüssig werden. Die europäischen Großstädte sind durch schnelle
150 transnationale Bahnverbindungen, ein komfortables Nachtzugangebot und ein einheitliches
151 europäisches Buchungssystem zu vernetzen. Auch der Güterverkehr muss dekarbonisiert werden.

152 (78) Im urbanen Raum zeigen sich die Herausforderungen der ökologischen Moderne wie unter
153 einem Brennglas. Das überholte Leitbild der autogerechten Stadt kostet Lebensqualität und
154 macht krank. Durch mehr Flächen für Wohnen und Freizeit, für saubere Luft, städtisches
155 Leben, Stadtgrün und Erholung entsteht die lebenswerte Stadt mit kurzen Wegen, in der die
156 Menschen gerne wohnen.

157 (79) Die lebenswerte Stadt der Zukunft ist eine Null-Emissionen-Stadt. Dies gelingt, wenn
158 erneuerbare Energien, saubere Mobilität und klimaneutrales Heizen verbunden werden. Dazu
159 gehören Dächer, die Sonnenstrom erzeugen, sowie Gebäude, die nachhaltig gedämmt sind und die
160 vielfältigen klimafreundlichen Wärmequellen gemeinsam nutzen.

161 (80) Wohnungen sowie öffentliche und gewerbliche Gebäude sollen CO₂-neutral geheizt, gekühlt
162 und beleuchtet werden. Klimagerechte Energiestandards für Neu- und Altbauten sowie Wärme-
163 und Kühlsysteme, die auf erneuerbaren Energien basieren, geben den Weg dahin vor.
164 Nachhaltige und möglichst kreislauffähige Baumaterialien schützen das Klima.

165 **Soziales und Ökologie**

166 (81) Der Übergang in die ökologische Moderne muss den sozialen Zusammenhalt stärken. Bei
167 allen Maßnahmen des Übergangs gilt es, auf den sozialen Ausgleich zu achten. Je schneller
168 und verlässlicher der notwendige Umbau weg von den fossilen Energien angegangen wird, umso
169 besser können abrupte Veränderungen vermieden werden.

170 (82) Im Zuge der ökologischen Modernisierung muss sichergestellt werden, dass alle Menschen
171 Zugang zu essenziellen Gütern der Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom, gesunder Ernährung,
172 Mobilität und Breitbandanschluss haben. Deshalb müssen sozialstaatliche Garantien immer mit
173 Blick auf Preisänderungen angepasst werden. Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es
174 eine Daseinsvorsorge, die es den Menschen ermöglicht, klimaneutral zu leben. Investitionen
175 in eine solche Daseinsvorsorge tragen zu sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz bei.

176 (83) Die ökologische Moderne bietet viele Chancen für neue Arbeitsplätze. Zugleich bedeutet
177 der Übergang massive Veränderungen für diejenigen, die bisher in von fossilen Energieträgern

178 geprägt Industriearbeitern. Es braucht eine vorausschauende Industriepolitik, um
179 möglichst viele Arbeitsplätze über den Wandel hin zu grünen Technologien und Produkten zu
180 erhalten. Gleichzeitig ist es Aufgabe der Gesellschaft, den betroffenen Menschen umfassende
181 Möglichkeiten zu beständiger Fort- und Weiterbildung oder Arbeitszeitverkürzung zu eröffnen.

182 (84) Subventionen in umwelt- und klimaschädliche Produktionsweisen und Produkte erschweren
183 den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Industrie. Es gilt daher, diese abzubauen.

184 (85) Eine Politik, welche die ökologischen Kosten der Produktion in den Preisen abbildet,
185 ist ökonomisch effizient, sie kann aber auch zu sozialen Schieflagen führen. Deswegen gilt
186 es, Preispolitik immer mit Maßnahmen zu kombinieren, die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit
187 führen. Indem die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten an die Bürger*innen
188 zurückfließen, werden Umweltschutz, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander
189 verbunden.

190 (86) Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden. Dem Staat
191 kommt hier eine relevante Aufgabe zu. Den Weg in die ökologische Moderne nicht zu gehen,
192 würde noch wesentlich mehr kosten.

193 (87) Kapitalströme müssen in nachhaltige Aktivitäten umgelenkt werden. Im Rahmen von
194 Divestment wird auf den Finanzmärkten nicht mehr in Kohle, Öl und Gas investiert, sondern in
195 erneuerbare Energie, emissionsfreie Mobilität, Gesundheit und grüne IT. Der Staat und die
196 öffentliche Hand müssen hierbei vorangehen, indem sie Transparenz gewährleisten und ihre
197 Anlagestrategien an den Pariser Klimazielen und an sozial-ethischen Kriterien orientieren.

198 (88) Der Weg in die ökologische Moderne braucht Pionier*innen. Menschen, die es anders
199 machen wollen, die in ihrem unternehmerischen oder in ihrem privaten Handeln neue Maßstäbe
200 setzen. Sie gilt es zu unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen.

201 (89) Es ist Aufgabe der Politik, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen.
202 Sinnvolle Umweltpolitik begnügt sich nicht mit Appellen, sondern setzt klare Regeln und
203 vollzieht diese. Sie fördert neue Technologien und investiert in neue Infrastrukturen.